

Niederschrift

über die Sitzung des Rates

am Dienstag, dem 11.02.2003

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 17.12.2002 |

II. Eingaben an den Rat

- | | | |
|---|-------------------|--|
| 3 | 04 - 13 1270/2003 | Namensgebung für die Städt. Realschule; |
| 4 | 05 - 13 1272/2003 | Vortrag zu Windkonzentrationsflächen der Stadt Emmerich am Rhein |
| 5 | 08 - 13 1279/2003 | Restaurierung Grillplatz Eltenberg u. Altes Rathaus Elten |
| 6 | 61 - 13 1271/2003 | Hanns Dieter Hüschen Weide |

III. Vorlagen

- | | | |
|---|----------------------------|---|
| 7 | 02 - 13 1241/2002
E1 E1 | Haushaltssatzung 2003;
hier: Beschlussfassung |
| 8 | 04 - 13 1275/2003 | Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die
Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen
"Emmerich blüht auf" am 16.03.2003
"Autoshow - Alles rund um's Auto" am 15.06.2003
"Stadtfest" am 21.09.2003
"2. St. Martinsmarkt/1. Geburtstag der
Emmericher Kundenkarte" am 02.11.2003 |
| 9 | 05 - 13 1252/2002 | 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 4/3
- Amalienstraße -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss |

- 10 05 - 13 1253/2002
E1 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 29/1
- Bremerweg / Südwest -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB
3. Satzungsbeschluss
- 11 05 - 13 1257/2002 Benennung einer Planstraße im Ortsteil Vrasselt;
hier: Josefsweg
- 12 05 - 13 1266/2003
E1 Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat
- 12a)05 - 13 1288/2003 Berufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates
- 13 05 - 13 1276/2003 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. B 4/2
- Ostermayerstraße -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss
- 14 05 - 13 1280/2003 Satzung der Stadt Emmerich am Rhein über die förmliche
Festlegung des Sanierungsgebietes "Innenstadt Emmerich"
- 15 10 - 13 1281/2003 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
- 15a)10 - 13 1289/2003 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen
- 16 Mitteilungen und Anfragen
- 17 Einwohnerfragestunde

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
Arntz, Anneliese
Beckschaefer, Christian
Bongers, Karl-Heinz
Brink ten, Johannes
Diekman, Rolf
Diks, Johannes
Elbers, Markus Herbert
Gertsen, Gerhard
Gies, Norbert Ludwig
Gorgs, Hans-Jürgen
Günther, Ralf
Heering, Anneliese
Hetterscheidt, Herbert
Hövelmann, Gabriele
Jansen, Albert
Jessner, Udo
Koster, Gregor
Kremer, Helmut
Kulka, Irmgard
Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
Lang, Hermann
Lorenz, Marianne
Maiß, Franz Georg Anton

Möllenbeck, Irene
 Roebrock, Wilhelm
 Sickelmann, Ute
 Struckhof, Detlef
 Tenhaef, Alfred
 Tapaß, Udo
 Trüpschuch, Elke
 Ulrich, Herbert
 Wernicke, Hans-Jörgen

Entschuldigt fehlen: Offergeld, Birgit
 Slood, Birgit
 Spiertz, Andre

Von der Verwaltung: Boch, Horst
 als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs
 Herr Siebers
 Herr Arntz
 Herr Feldkamp
 Rechtspraktikantin Gorny
 Herr Gürtzgen
 Herr Holtkamp
 Herr Kemkes
 Herr Kleipaß
 Herr Kraayvanger
 Frau Lebbing
 Rechtsreferendar Park
 Herr Runge
 Frau Schlitt
 Frau Köster (stell. Schriftführerin)

Vom Eigenbetrieb
 Abwasserwerke: Herr Antoni

Von der Feuerwehr: Herr Derksen

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, der Presse und die Zuhörer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Tagesordnung um die TOP's

12 a) 05-13 1288/2003 Berufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates und

15 a) 10-13 1289/2003 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen

erweitert.

Die Tagesordnung wird so beschlossen.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

1. Ausschreibung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten;
hier: Anfragen mehrerer Bürgerinnen

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass jede freiwerdende Stelle zunächst hausintern ausgeschrieben werden muss und sich hierauf - neben zwei anderen Bewerberinnen - auch Frau Lebbing beworben hat.

Frau Lebbing ist als Leiterin der Stabsstelle/10 vollzeitbeschäftigt und nimmt - ihrem Verantwortungs- und Aufgabenbereich entsprechend - ohnehin an den Sitzungen des Verwaltungsvorstandes, des Ältestenrates sowie des Rates und seiner Ausschüsse teil. Dadurch ist der umfassende, lückenlose Informationsfluss über sämtliche gleichstellungsrelevante Themenfelder in besonderem Maße gewährleistet.

Frau Lebbing nimmt diesen Aufgabenkomplex für die Dauer der Beurlaubung von Frau Schnieders (noch ca. 2 1/2 Jahre) wahr.

Auf eine weitere Anfrage einer Bürgerin teilt der Vorsitzende mit, dass Frau Lebbing sich die Stunden, die sie für Gleichstellungsaufgaben tätig ist, variabel einteilt.

Auf eine entsprechende Anfrage von Frau Riedl teilt der Vorsitzende mit, dass durch diese Lösung allenfalls geringfügige Einsparungen erzielt werden; die Stabsstelle wird personell um eine 15 Std. Kraft aufgestockt, um den Aufgabenzuwachs zu kompensieren.

2 **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 17.12.2002**

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der stell. Schriftführerin unterzeichnet.

II. **Eingaben an den Rat**

3 **04 - 13 1270/2003 Namensgebung für die Städt. Realschule;**

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird die Anregung von Herrn Dr. Ebben an die Schulmitwirkungsorgane der Städt. Realschule weiterleiten, mit der Bitte, bei den Überlegungen für die Namensgebung diese Anregung aufzunehmen und zu diskutieren.

Der sich daraus ergebende Vorschlag für eine Namensgebung wird zu einem späteren Zeitpunkt im Schulausschuss und Rat diskutiert und sodann zu einer Entscheidung geführt werden.

**4 05 - 13 1272/2003 Vortrag zu Windkonzentrationsflächen
der Stadt Emmerich am Rhein**

Mitglied Wernicke verweist auf einen Brief von Herrn Kuhr, der an Ratsmitglieder verschickt wurde. Aufgrund dieses Schreibens äußert Mitglied Wernicke seine Bedenken, dass es hier nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bezieht sich bei seinen Äußerungen auf die Frage von Mitglied Wernicke auf die eingehenden Beratungen im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss und die daraus ergangenen Prüfaufträge an die Verwaltung, die entsprechend abgearbeitet werden. Das Schreiben des Petenten hält er für irrelevant.

Mitglied ten Brink verweist auf die Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes vom Februar 2003. Er zitiert ein Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichtes, welches sich aus seiner Sicht positiv auf die Emmericher Interessen betreffend des ausgewiesenen Gebietes nördlich der A 3 auswirkt.

Die Verwaltung teilt diese Einschätzung.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Kuhr hatte bereits in der Sitzung des BPVA am 21.01.03 die Gelegenheit, die angesprochene Thematik im Zusammenhang mit der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes mit den Mitgliedern des Fachausschusses zu erörtern. Dies führte dazu, dass der BPVA einen Beschluss dahin gehend gefasst hat, im Rahmen der weiteren Bearbeitung der 43. Flächennutzungsplanänderung eine Erörterung im Sinne des § 20 Abs. 3 Landesplanungsgesetz mit dem Ziel durchzuführen, die Möglichkeit der Realisierung eines Windparks nördlich der A 3 zu eruieren. Insofern sieht die Verwaltung diesen Antrag zunächst als erledigt an.

5 08 - 13 1279/2003 Restaurierung Grillplatz Eltenberg u . Altes Rathaus Elten

Herr Kraayvanger gibt eine ausführliche ergänzende Stellungnahme zu dieser Eingabe ab und stellt dar, welche Arbeiten von der Verwaltung schon erledigt wurden.

Mitglied Jansen schlägt vor, eine Mängelliste (für den Grillplatz und das Rathaus) aufzustellen und die Mietverhältnisse darzulegen. Dieses sollte dann im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss beraten werden.

Die Mitglieder Jansen und Sickelmann schlagen eine Ortsbesichtigung vor.

Mitglied Sickelmann bittet zu prüfen, ob hier eventuelle Förderungen möglich sind, da dieses Gebäude unter Denkmalschutz steht.

Mitglied Wernicke unterstützt die Aussagen der Mitglieder Jansen und Sickelmann. Er legt großen Wert darauf, dass die bestehenden Mietverhältnisse (AWO, DRK usw.) dort erhalten bleiben.

Die Mitglieder sind mit der Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss einverstanden.

Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

6 61 - 13 1271/2003 Hanns Dieter Hüsche Weide

Die Mitglieder des Rates erklären sich mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Verweisung an den Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss im Zusammenhang mit der nächsten Beratung zum Thema Umgestaltung Rheinpromenade.

III. Vorlagen

**7 02 - 13 1241/2002
E1 E1 Haushaltssatzung 2003;
 hier: Beschlussfassung**

Der Vorsitzende erteilt das Wort den Fraktionsvorsitzenden.

Herr Diks, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Verwaltung hat im Dezember 2002 den Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Emmerich am Rhein für das Jahr 2003 eingebracht. Der für das Finanzwesen zuständige Beamte Herr Siebers tat dies mit markigen Worten. Da war die Rede davon, dass die Senkung der Gewerbesteuer von 385 auf 380 Punkte nichts gebracht hätte.

Eine solche Aussage Ende 2002 zu machen, wo doch die Senkung der Gewerbesteuer von 385 auf 380 Punkte Anfang 2000 beschlossen wurde, ist für uns nur schwer nachvollziehbar.

Der CDU Fraktion ist es wichtig, dass der Emmericher Wirtschaft mit einer ausgewogenen und möglichst langfristigen Festsetzung der Gewerbesteuer ein sicheres Investitions- und Ertragsumfeld zu geben ist. Wir lagen mit unseren 380 Punkten im unteren Drittel der Hebesätze im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Hervorzuheben sind die vom Land konjunkturpolitisch völlig kontraproduktiv beschlossenen Erhöhungen der Realsteuerhebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer. Die Kommunen werden auf diesem Weg vom Land faktisch gezwungen, ihre Steuern zu erhöhen. Mit uns beschließen dies - bis auf Straelen - alle Städte und Gemeinden im Kreis Kleve.

Das Land stiehlt sich vermehrt aus der Verantwortung und die Kommunen sind angesichts der dramatischen Finanzlage nicht in der Lage, die Ausfälle zu kompensieren.

Dann sprach Herr Siebers davon, dass wir bei den Parkgebühren 40.000 € mehr hätten einnehmen können.

Bei dieser Aussage dachte ich an das Sprichwort: "Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen."

Ich denke, dass es hier richtig ist, dass im Zusammenhang mit der Euroumstellung die Parkautomaten angepasst werden mussten und die Verwaltung die Parkgebühren anheben wollte.

In diesem Zusammenhang kam die grundsätzliche Diskussion auf, an welcher Stelle und wie lange man parken darf und wie hoch die Gebühr hierfür sein soll. Die Politik war sich einig, dass diese Frage abschließend erst in Verbindung mit dem Generalverkehrsplan beantwortet werden könne. Doch auf den warten wir jedoch bis heute noch.

Herr Siebers sprach davon, dass es uns bei der Gewerbesteuer nur mäßig getroffen hat. Tatsache ist, dass es Emmericher Betrieben gelungen ist, ihren Ertrag - trotz des schwierigen Umfeldes in 2002 – auszuweiten. Tatsache ist auch, dass sich unsere Arbeitslosenzahlen im Laufe des Jahres 2002 deutlich verringert hatten. Wenngleich die vor wenigen Tagen veröffentlichten Zahlen auch in Emmerich wieder eine höhere Arbeitslosenquote aufzeigen. Tatsache ist, dass die tatsächlichen Gewerbesteuererinnahmen in Emmerich von 2000 auf 2001 und von 2001 auf 2002 gestiegen sind. Letzteres ist ein Ergebnis, das wohl nur wenige Kommunen im Land Nordrhein Westfalen verbuchen können. Wie man bei einer solchen Situation davon sprechen kann, dass es uns bei der Gewerbesteuer nur mäßig getroffen hat, kann die CDU-Fraktion nicht nachvollziehen.

Er sprach davon, dass es in Emmerich mal wieder nur ums "heute" ginge. Im Jahr 2002 wurden ca. 7 Millionen Euro investiert. In diesem Jahr sollen es sogar mehr als 8 Millionen Euro sein. Das sind Investitionen in unsere Schulen und Turnhallen, das ist der Straßenneubau an vielen Stellen. Das ist das PAN. Wir investieren in unsere Rheinpromenade. Der Nonnenplatz wurde neu gestaltet. Wir haben einen langfristigen Fahrplan für die Verbesserung unserer Innenstadt vereinbart. Da wundert es mich schon, wenn man davon spricht, uns ginge es wieder einmal nur ums "heute".

Am meisten hat mich die Aussage geärgert unser Haushalt sei "desaströs". Warum wurde er dann von der Verwaltung so eingebracht?
Da interessiert es mich, welchen Ausdruck der für das Finanzwesen zuständige Beamte für die vielen, vielen Städte und Gemeinden in NRW hat, die keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen können? Die Kürzungen in allen freiwilligen Bereichen vornehmen müssen. Die noch höhere Steuererhöhungen vornehmen müssen.
Unser Haushalt ist ausgeglichen! Wir haben keine Kürzungen, keine Kürzungen in freiwilligen Bereichen vornehmen müssen! Wir nehmen keine neuen Kredite auf! Wir erfüllen die Vorgaben des Landrates! Wir investieren noch ca. 8 Millionen € in diesem Jahr.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle einige wenige Sätze aus einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 2.1.2003 zitieren. Der Artikel hatte die Überschrift "Die Lust am Leiden". Euro schlecht, Wirtschaftspolitik schlecht, alles schlecht: So klingt landauf, landab die Katastrophen Kakophonie. Ein pessimistisches Grundgefühl bremst die frühere europäische Konjunktur Lok Deutschland. Experten warnen davor, dass die von vielen geschürte Angst vor dem vermeintlichen Abwärtstrend diesen erst richtig beschleunigen könnte. Sie fordern: Raus aus dem Jammertal.

Wer herumnörgelt, knetet sein vermeintliches Problem so lange, bis er alle Energien verschwendet hat. Energien, die er hätte dazu verwenden können, aktiv nach einer Idee zu suchen und etwas zu machen.

Und einen letzten Satz: Wer die Lage nur lange genug schlechter redet als sie ist, macht sie irgendwann tatsächlich ganz schlecht. Ganz zu schweigen vom Image-Verlust des Standortes.

Einige wenige Sätze, sicherlich aus dem Zusammenhang gerissen und doch passend für die Emmericher Situation.

Die Verwaltung hat es nicht nötig, den Haushaltsentwurf mit solchen Kommentaren zu versehen. Es ist auch nicht die Aufgabe der in Verantwortung stehenden Politiker, den Haushalt schönzureden.

Wir alle wissen, dass unser städtischer Haushalt zu einem großen Teil fremdgesteuert wird. Wir gehören zu den 396 Städten und Gemeinden, die in 2003 durch das Land Nordrhein Westfalen sage und schreibe 1,35 Milliarden Euro weniger als in 2002 erhalten.

Immer mehr Aufgaben werden den Kommunen ohne Finanzausgleich von Bund und Land übertragen. Die Befrachtung der Kommunen mit staatlichen Aufgaben stellt einen Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung dar.

Vor diesem Hintergrund sind die Bundes- und Landesregierung aufgefordert, unverzüglich ein Notprogramm für die Kommunen aufzustellen, das mindestens folgende Maßnahmen enthält:

1. Senkung der Gewerbesteuerumlage auf 20 %
2. Erhöhung der Mittelzuweisung des Landes.
3. Die Aussetzung der übertragenen kostenwirksamen Aufgaben bis Land und Bund die notwendige Finanzausstattung zur Verfügung gestellt haben
4. Die auferlegte Mitfinanzierung in den Bereichen Krankenhausinvestitionen und Unterhaltsvorschussgesetz ist zu beenden.
5. Die Schulpauschale ist zu erhöhen.

Schluss mit dem Verschiebebahnhof zu Lasten kommunaler Haushalte. Wer bestellt, muss auch bezahlen!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ich komme zurück auf den uns vorliegenden Haushaltsentwurf. Die wenigen Änderungen in den Fachausschüssen haben gezeigt, dass die Verwaltung ein eng geschnürtes Zahlenwerk eingebracht hat. Die Anträge der CDU Fraktion sind in die Beratungen voll eingeflossen. Der Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2003 findet in der uns heute vorliegenden Form unsere Zustimmung.

Die Finanzplanung der kommenden Jahre ist in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu überarbeiten. Hierbei ist das Thema Neue Steuerung und Budgetierung besonders zu beachten. Eine mittelfristige Senkung der Personal- und Sachkosten ist umzusetzen.

Outsourcing und Contracting sind da einzusetzen, wo es Sinn macht. Synergieeffekte mit anderen Kommunen sind im Hinblick auf Fuhrpark und Maschinen zu suchen.

Die wieder steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger ist möglichst abzubauen.

Investitionsvorhaben sind auf unterschiedliche Finanzierungsarten zu überprüfen.

Es wird ein schwieriges Jahr. Doch wir sind auf dem richtigen Weg.

Ich möchte mich für die CDU-Fraktion bei Ihnen Herr Bürgermeister, dem Ersten Beigeordneten Herrn Dr. Wachs, bei allen Beschäftigten der Verwaltung, bei den Beschäftigten der EGD, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, den Beschäftigten der Stadtwerke, des Hafens, des Embricana, den vielen ehrenamtlich tätigen Bürgern beim ICE, dem Geschichtsverein, dem Förderkreis Bücherei und den vielen anderen Institutionen und Vereinen für Ihr Mitwirken bedanken.

Ich beantrage für die CDU Fraktion den Haushalt 2003, den Stellenplan und das Investitionsprogramm zu beschließen. Herzlichen Dank."

Herr Jessner, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, so richtig Freude macht es in diesem Jahr nicht, zu dem Haushalt unserer Stadt Stellung zu nehmen – jedenfalls nicht auf den ersten Blick.

Keine Schlüsselzuweisungen, zumindest keine, die wirklich der Rede wert wären, das ist eigentlich der Kern unseres Problems, und wenn Herr Diks an dieser Stelle auf das Land verweist, dann ist das aus seiner Sicht durchaus verständlich, hat aber eigentlich mit der Realität gar nicht so viel zu tun, denn tatsächlich hat sich der vom Land an die Gemeinden verteilte Kuchen gar nicht so wesentlich geändert. Nicht eine Frage der gesamten Verbundmasse, sondern eine Frage der Verteilung, denn die Ursache der ausbleibenden Zuweisung ist, dass in der sogenannten Referenzperiode die Steuereinnahmen der Stadt Emmerich gestiegen sind, und die vor allem durch die Arbeitslosigkeit verursachten Belastungen gesunken sind und das wirkt sich halt eben auf die Schlüsselzuweisung aus, die der Stadt Emmerich zugemessen werden und das sind dann halt weniger. Eigentlich ist es schön, dass wir uns so positiv entwickelt haben, aber wenn als Folge dann die Schlüsselzuweisungen gekürzt werden, dann vergällt einem das doch etwas die Freude, an der positiven Entwicklung, die die Stadt genommen hat.

Und da ist dann auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit des kommunalen Finanzausgleichs in der bestehenden Form erlaubt. Wenn Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung einer Stadt sozusagen bestraft werden dadurch, dass gleich anschließend die Zuweisungen ausbleiben, dann fragt man sich, warum macht man es sich nicht gleich bequem in der Hängematte des kommunalen Finanzausgleichs? Warum bemühen wir uns, Betriebe anzusiedeln, der heimischen Wirtschaft Aufträge zu verschaffen und die Menschen hier in Lohn und Brot zu bringen?

Ein wenig mehr Einsicht bei allen Verantwortlichen, dass es eben nicht mehr Wirtschaftskraft gibt und nicht mehr zusätzliche Arbeitsplätze im Land gibt, als die, die in den Städten und Gemeinden geschaffen werden, wäre ganz hilfreich. Und die Anreize, die der kommunale Finanzausgleich den Gemeinden dazu gibt, die könnten schon größer sein, das muss man gerade aus Sicht der Stadt Emmerich sagen, die ja schon eine Berg- und Talfahrt bei den Finanzzuweisungen, bei den Schlüsselzuweisung, insbesondere auch in den letzten Jahren hinter sich hat. Wie dem auch sei, und das ist dann wieder der angenehme Teil, wir haben es noch einmal geschafft:

Der Haushalt ist ohne Kreditaufnahme ausgeglichen, wir haben die freiwilligen Leistungen nicht angefasst, wir investieren weiter in den Schwerpunkt Innenstadt und der hohe Standard, den wir hier nun wirklich haben in Emmerich in der Jugendarbeit und bei der Kinderbetreuung kann beibehalten werden und wird sogar noch verbessert.

Dieser Ausgleich war dann aber nur möglich, durch die Anhebung der Grund- und Gewerbesteuern auf die vom Land vorgegebenen sog. fiktiven Hebesätze. Natürlich verkündigt kein Kommunalpolitiker gerne Steuererhöhungen, aber ohne die Übernahme der fiktiven Hebesätze ist ein Haushaltsausgleich weder in diesem Jahr noch in den Folgejahren denkbar. Und deshalb gibt es zu der Anhebung gibt es keine Alternative!

Und dann muss man auch noch wissen, die Steuererhöhungen haben ja gar nicht gereicht, diesen Haushalt auszugleichen. Wir haben zum Ausgleich auch noch unseren Rücklagenbestand räumen müssen und wir haben darüber hinaus den Erlös aus dem Verkauf der Abwasserwerke einkalkuliert und uns damit gleich unter Handlungszwang gesetzt, weil der Verkauf ist noch nicht abgeschlossen ist. Wir haben einen Scheck auf die Zukunft ausgestellt, um diesen Haushalt auszugleichen. Wir meinen, dass das vertretbar ist, weil es auf der einen Seite übereinstimmende Absicht in diesem Rat ist, den Verkauf dann auch wirklich durchzuführen und weil auf der anderen Seite die Vorarbeiten sehr weit fortgeschritten sind.

Aber wenn der Verkaufspreis dann bis Jahresende eingenommen werden soll, dann müssen wir uns beeilen. Und wir müssen uns auch deshalb beeilen, weil es ja weiterhin unterschiedliche Auffassungen zu der Frage gibt, welche Lösung für den Verkauf die bessere ist: Die Ausschreibung von Anteilen unter fremden Großunternehmen auf der einen Seite oder aber die interne Lösung – sprich der Verkauf an die EGD, unser eigenes Emmericher Unternehmen.

Wir für uns bleiben dabei: Wir halten die Ausschreibung unter Fremden Dritten für falsch, weil sie nicht mehr Geld in die Stadtkassen spült und weil sie letztlich zu Gebührenerhöhungen führen muss, die wir dann nicht mehr alleine jedenfalls beeinflussen können.

Welche Lösung sich auch immer durchsetzt, wir müssen jetzt handeln. Weiter zuzuwarten können wir uns heute noch weniger leisten als vorher.

Alle Probleme, die dieser Haushalt bietet sollen nicht darüber hinweg täuschen, dass wir – trotz knapper Haushaltsmittel - durch konzentrierte Arbeit in den letzten Jahren eine ansehnliche Bilanz vorzuweisen haben. Der Entscheidungstau ist aufgelöst: Wir haben die Situation der Grundschulen bereinigt und so ganz nebenbei das Konzept eines Betreuungshauses entwickelt, das jetzt realisiert wird, ich hoffe in diesem Jahr endgültig. Wir nehmen damit wesentliche Teile des schulpolitischen Landeskonzeptes der verlässlichen Grundschule vorweg und wir bleiben – zumindest in dieser Region - Vorreiter bei der Kinderbetreuung und ich erlebe dies immer wieder, andere beneiden uns da. Wir sind auch an anderer Stelle Vorreiter in der Jugendpolitik. Das Jugendparlament JuPa ist eine Erfolgsstory, ich bin stolz darauf, wie viele Jugendliche sich an dem Zustandekommen beteiligt haben. Wir alle sind verantwortlich dafür, dass das JuPa ernst genommen wird in seiner Arbeit – es hat unsere Unterstützung verdient. Und auch hier versuchen jetzt andere Städte, von uns zu lernen.

Wir haben begonnen, den Immobilienbestand unseren Bedürfnissen anzupassen. Wir werden in einigen Monaten in der Lage sein, das alte Schulgebäude an der Gerhard-Storm-Straße frei zu räumen und mit der Verwertung den Haushalt dauerhaft zu entlasten. Wir müssen aber auch weitere Rationalisierungspotentiale in der Immobilienverwaltung nutzen.

Das neue Feuerwehrgerätehaus wird gebaut, wir sind Vorreiter bei einer den Möglichkeiten kommunaler Finanzierbarkeit angepassten Bauweise – sparsam und zweckmäßig. Hier haben Verwaltung und Feuerwehr gemeinsam ganz hervorragende Arbeit geleistet.

Wir sind weiter auch in der Umgestaltung der Rheinpromenade vorangekommen, die Zusammenarbeit hier von Deichverband und Stadt ist auch vorbildlich.

Wir beginnen mit dem Ausbau wichtiger Zufahrtsstraßen, `s-Heerenberger- und Speelbergerstraße.

Der Nonnenplatz ist fertig, das Ergebnis ist beeindruckend und auch das hör ich immer wieder und erlebe es, dass die Emmericher stolz darauf sind, wie gut die Gestaltung gelungen ist. Wir möchten, dass auch die übrigen Vorhaben in diesem Quartier, also Museumsbau, Pesthof und Randbebauung, in der gleichen Qualität fertiggestellt werden.

Wir beginnen in diesem Jahr endlich mit der Umgestaltung des Neumarktes, des Alten Marktes und angrenzender Straßen. Und die jetzt in Kraft getretene Gestaltungssatzung flankiert die Umgestaltung der Innenstadt durch verbindliche Gestaltungsregeln für private Bauvorhaben.

Das neue Gewerbegebiet an der Budberger Straße ist einen entscheidenden Schritt vorangekommen, und wenn wir Glück haben, können wir in diesem Jahr noch die Planung fertig stellen und mit der Erschließung beginnen.

All diese Maßnahmen tragen mit dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit in Emmerich zwar in den letzten Wochen wieder leicht angestiegen ist, aber immer noch im einstelligen Bereich liegt und damit eben auch deutlich niedriger ist, als noch vor zwei, drei Jahren. Wenn bei einer Grundsteinlegung vor einigen Wochen einer der Investoren sagt, dass die Baukonjunktur überall im Kreis Kleve eingebrochen ist, nur in Emmerich nicht, weil hier noch investiert wird und dass deshalb hier die Arbeitsplätze noch einigermaßen sicher sind, dann zeigt das, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Was ich hier aufgezählt habe, ist nur ein ganz kleiner Teil der Projekte, Maßnahmen und Planungen, an denen zur Zeit gearbeitet wird. Das Tempo ist einigermaßen hoch.

Dass wir in der Lage sind, so viele Projekte in so kurzer Zeit nebeneinander strukturiert abzuarbeiten, dazu hat sicher auch ein gewisser "Zu-Wachs" in der Verwaltung beigetragen. Ich möchte mich an dieser Stelle für die sehr angenehme und konstruktive Zusammenarbeit mit der Verwaltung auch insgesamt bedanken.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf einen Punkt eingehen, der in den letzten Monaten für ein bisschen Aufregung gesorgt hat. Es war Kritik zu hören am Umgang der Fraktionen miteinander, so auch in der Lokalpresse. Es ist in der öffentlichen Darstellung nach meiner Überzeugung jedenfalls Ursache und Wirkung miteinander verwechselt worden, das ist nun mal so, das muss man hinnehmen. Aber Anlass nachzudenken, was diese Kritik ausgelöst hat, ist eine solche Berichterstattung schon.

Woran liegt es denn eigentlich, dass wir Ratsmitglieder so heftig mitunter aufeinander reagieren, warum hat die Bereitschaft, im Gespräch gemeinsame Lösungen zu finden, abgenommen?

Im Kern lässt sich das, so denke ich, darauf zurückführen, dass wir, die einzelnen Fraktionen, ein unterschiedliches Politikverständnis haben. Wir beantworten die Frage, was eigentlich notwendig ist in der Kommunalpolitik, ganz anders.

So, wie wir als SPD-Fraktion Kommunalpolitik verstehen, muss sie sich an den tatsächlichen Verhältnissen und an der Realisierbarkeit messen lassen.

Wer Visionen hat, der sollte zum Arzt gehen, hat Helmut Schmidt einmal gesagt.

Das ist ein wenig überspitzt. Aber zumindest in der Kommunalpolitik einer Stadt wie Emmerich, einer kleinen Stadt, geht es doch weniger um dogmatische Politikkonzepte, um "Ideologien", als mehr um Fragen, wie eine Straße geführt wird, wie der Haushalt zu sanieren ist oder wie Kinderbetreuung praktisch organisiert und finanziert werden kann.

Gerade von den Räten erwarten die Menschen nicht Verlautbarungspolitik, keine symbolischen Taten, sondern handwerklich saubere Arbeit. Und wer in der politischen Diskussion ein Argument gebraucht oder einen Vorschlag macht, von dem er weiß, dass er nicht realistisch ist, der täuscht die Bürger, denn die können leider auf den ersten Blick nicht immer sofort unterscheiden, ob ein Argument, ein Vorschlag oder ein Konzept glaubwürdig ist.

Und das macht es für Politiker ja auch so verführerisch, das Blaue vom Himmel zu fordern und zu versprechen – vor allem dann, wenn man nicht in der Verantwortung ist, das dann auch umzusetzen.

Gerade die, die hier am Ratstisch immer mal wieder den Vorwurf erheben, es sei "gelogen" worden, dass sind die, die selbst gerne der Versuchung erliegen, mit Vorschlägen und Anträgen, die vermeintlich gut klingen, aber nicht umgesetzt werden können, zu punkten.

Was ist denn z. B. von dem FDP-Vorschlag zu halten, den Haushalt durch eine Senkung der Aufwandsentschädigungen für den Rat zu sanieren? Weil die Entschädigungen im Landesrecht geregelt sind, so dann der Antrag, sollten wir eine Ausnahmegenehmigung für Emmerich erwirken.

Jeder der sich mit Kommunalpolitik beschäftigt weiß, dass das Land vor einigen Jahren, und zwar ganz im Einvernehmen mit allen Fraktionen festgelegt hat, dass kommunale Räte ihre Entschädigungen nicht mehr selbst bestimmen können. Ausnahmeregelungen für Emmerich oder irgend eine andere Kommune sieht die Entschädigungsverordnung nicht vor, und sie sind angesichts der Entstehungsgeschichte dieser Regelung auch gar nicht in Sicht.

Ich bin sicher, das weiß auch die FDP in Emmerich. Sie könnte jetzt ihre Landtagsfraktion auffordern, im Landtag zu beantragen, das Landesrecht zu ändern. Tut sie aber nicht. Sie fordert den Rat auf, etwas zu tun, obwohl sie weiß oder zumindest wissen müsste, dass er das Verlangte gar nicht tun kann. Ich nenne das Täuschung – was sonst?

Die BGE will da nicht nachstehen. Sie fordert, auf die Erhöhung der Grundsteuer B zu verzichten. Auch die BGE hat festgestellt, dass der Verzicht zu unausgeglichenen Haushalten führen wird. Als Ausgleich schlägt sie deshalb vor, darauf zu vertrauen, dass Bund und Land spätestens ab dem nächsten Jahr für mehr Geld in den kommunalen Kassen sorgen werden – angesichts der bekannten Finanzprobleme, auch bei Bund und Land, eine wohl mehr als gewagte These.

In der HFA-Sitzung auf das Problem bei der Gegenfinanzierung für diesen Antrag hingewiesen, erklärt die BGE, ihr sei schon klar gewesen, dass die Mehrheit den Antrag ablehnen werde, sie bitte, das dann aber auch zu Protokoll zu nehmen.

Meine Damen und Herren, insbesondere von der BGE: Ist das wirklich das, was die Emmericher von verantwortlicher Kommunalpolitik erwarten dürfen? Einen Antrag zu stellen, von dem man weiß, dass er wegen Undurchführbarkeit abgelehnt werden muss, um dann sagen zu können: Wir haben's ja beantragt, aber die anderen wollten nicht! Glauben Sie nicht, dass die Menschen so eine Inszenierung am Ende doch durchschauen, und dass der allgemein schlechte Ruf der Politik damit zu tun hat, dass alle Welt glaubt, Politik besteht nur aus solchen Manövern?

Wir beklagen gemeinsam, dass Politik an Glaubwürdigkeit verliert und tragen auf diese Weise täglich selbst dazu bei.

Und was dann den Umgang der Fraktionen untereinander betrifft, Ausgangspunkt des ganzen, was ich hier vorgetragen habe, will ich für mich gerne einräumen: Ich bin oft genervt von endlosen Scheindiskussionen, laut vorgetragenen falschen Vorwürfen und der dazu gehörenden falschen Empörung - ich kann das wohl nicht immer verbergen. Aber könnten wir unsere Zeit, und die sollte uns kostbar sein, nicht besser und effektiver nutzen? Hart in der Sachdiskussion, aber ein klares Ziel vor Augen und ergebnisorientiert – so sollten wir miteinander umgehen, das erwarten die Bürger von uns.

Wer allerdings das politische Scheingefecht und den Klamauf der Sachdiskussion vorzieht, der darf sich nicht wundern, wenn er als ernsthafter Gesprächspartner nicht gefragt ist. Wir alle wissen, dass wir in Wahrheit mehr sachliche Gemeinsamkeiten haben, als wir gemeinhin zuzugeben bereit sind. Wenn wir uns auf die konzentrierten, könnten wir für Emmerich schneller mehr erreichen. Und für Gespräche darüber stehen wir, unsere Fraktion, jederzeit zur Verfügung.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
Emmerich ist in einer schwierigen Lage, ohne Zweifel. Solange wir, wie bisher, unsere finanzielle Handlungsfähigkeit bewahren, können wir auch in dieser Situation etwas für unsere Stadt erreichen, dieser Haushalt zeigt das. Wir müssen es nur wollen. Die SPD-Fraktion beantragt, dem Haushalt zuzustimmen."

Herr Beckschaefer, Vorsitzender der BGE-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.
Die BürgerGemeinschaft Emmerich ist der Überzeugung, dass dieser Rat – unter Führung von CDU und SPD - auf dem falschen Weg ist.
Wir wurden 1994 gewählt – weil immer mehr Bürger mit der Politik und der Entwicklung in dieser Stadt nicht einverstanden waren. Sie waren und sie sind unzufrieden. Und das Wahlergebnis 1999 hat dies noch einmal deutlich bestätigt.

Beinahe schon mit System wird von den beiden großen Fraktionen der falsche Weg eingeschlagen, es fehlt der Mut, unabhängig von der rot-grünen Landespolitik eigene Entscheidungen zu treffen – und vor allem, dann auch dazu zu stehen.

Große Probleme in Emmerich, wie die Innenstadt-Neugestaltung, die Verkehrsführung und das Löwentor sind immer noch nicht gelöst. Es wird begutachtet, diskutiert, verworfen und wenn dann eine Lösung gefunden wird, kann sie nicht mehr bezahlt werden.

Ich bringe nur einige wenige Beispiele:
Warum wird die sogenannte Sichtachse Ölstraße vorgezogen, zu Lasten eines seit Jahren brach liegenden Neumarktes, wo sogar eine Nutzung in Sicht wäre ?
Sowohl Extra wie auch DM warten auf verbindliche Aussagen.

Warum wird nicht ohne Rücksicht auf Tabus über die Öffnung der Steinstraße diskutiert, wenn die Rheinpromenade in absehbarer Zeit geschlossen wird ?
Können wir denn nicht aus den gemachten Fehlern anderer Städte lernen, die ihre Städte nicht nur verkehrsberuhigt, sondern hauptsächlich kundenberuhigt haben ? Der IHK-Artikel „Quo Vadis Innenstadt“ zeigt dies sehr deutlich.

Warum stecken wir das wenige verfügbare Geld in den Ausbau von Fahrradwegen in den Außenbezirken, anstatt endlich die Neugestaltung der Innenstadt anzugehen? Nur weil es rot-grüne Landeszuschüsse dafür gibt ?

Und jetzt noch ein besonders krasses Beispiel: Am Löwentor wird deutlich, wie sehr die CDU in Emmerich – aus welchen Gründen auch immer – der SPD Zugeständnisse macht, und damit eine Lösung dieser unendlichen Geschichte blockiert.
Diese CDU-/SPD- Politik gibt dem Einzelhandel keine Planungssicherheit, so werden wir nicht erreichen, dass Geschäftsleute investieren. Es herrscht Unzufriedenheit, Mutlosigkeit und ja sogar schon Resignation – auch bei den Bürgern.

Die Stadt Emmerich hat im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen noch eine relativ gute Ausgangslage, keine Gewerbesteuer-Rückgänge, sondern Mehreinnahmen.
Daher lehnen wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer und vor allem eine Erhöhung der Grundsteuer B, die alle Bürger – vom Hausbesitzer bis zum Mieter – trifft, mit aller Deutlichkeit ab. Emmerich könnte es sich leisten, auf diese Anhebungen zu verzichten, wenn man – wie es jeder Private in knappen Zeiten macht – die Ausgabenseite kritischer betrachten würde.

Unsere eingebrachten Sparvorschläge wurden leider mehrheitlich abgelehnt. Der von uns vorgeschlagene Weg zur Entschuldung Emmerichs – durch die Rückzahlung des städtischen Kapitals von den Abwasserwerken – muss nun endlich begangen werden, um wirklich sinnvolle und zukunftsgerichtete Maßnahmen finanzieren zu können. Wir begrüßen, dass alle Fraktionen einer baldigen eingehenden Beratung unseres Antrages zugestimmt haben.

Diesem riskanten Haushaltsplan 2003 kann die BGE nicht zustimmen, denn ein Ausgleich konnte nur dadurch erreicht werden, dass fiktive Einnahmen aus dem Vermögenshaushalt die durchaus realen Ausgaben im Verwaltungshaushalt decken müssen. Am Schluss bedanke ich mich bei allen Emmericher Bürgern, die sich für ihre Stadt einsetzen – und vor allem bei den vielen Ehrenamtlichen."

Frau Sickelmann, Vorsitzende der Ratsfraktion "Bündnis 90/Die Grünen":

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ist dieser Haushalt der Rede wert?

Ich habe einen Moment überlegt, ob ich Ihnen die Zeit, die meine Rede in Anspruch nimmt, nicht besser schenken sollte.

Da wir aber wissen, dass sie unsere Ideen und Anregungen immer wohlwollend aufnehmen, wollte ich diese Chance natürlich nicht vertun.

Die Bescheidenheit aller Fraktionen bei den Etatberatungen zeigt: wir haben verstanden, die Not des Kämmerers ist diesmal keine schauspielerische Glanzleistung. Von dem, wir haben verstanden, muss ich die CDU ausnehmen.

Die tragenden Säulen des Haushaltes sind der Verkauf der Abwasserwerke und die Einnahmen aus den Grundstücksverkäufen unter anderem der Bellevue. Ohne zu wissen, ob diese Erlöse realisiert werden können.

Die Verwaltung scheint sich im positiven Denken zu üben.

Daneben gibt es noch ein unkalkulierbares Risiko, die drohenden Regressansprüche aus fragwürdigen Finanzgeschäften des ehemaligen Kämmerers, die den Haushalt noch weiter belasten könnten. Ich wage die Prognose, dass wir in diesem Jahr ein ganzes Jahr lang Haushaltsplanberatungen haben werden.

Natürlich kommt so eine Situation nicht in einem Haushaltsjahr zustande, dafür sind die Fehlentwicklungen der letzten Jahre verantwortlich. Es ist zwar so, dass Bund und Land den Gemeinden kontinuierlich neue Kosten aufgebürdet haben, aber natürlich gibt es die hausgemachten Fehler. Und die sehen wir in erster Linie in den Grundstücksgeschäften, die wenig lukrativ für die Stadt waren und sind. Bei der Vermarktung der Gewerbegrundstücke im Logistik Park wurde ein Defizit in Höhe von 1,8 Mio. Euro eingefahren. Und da, wo die Stadt Grundstücksgeschäfte vorteilhaft für die Stadtkasse abwickeln könnte, lässt sie in vornehmer Zurückhaltung die Banken den Rahm abschöpfen.

Abgesehen davon, dass diese Grundstückspolitik für junge Familien unsozial ist, hat diese Art von Vermögensvernichtung auf Dauer die städtische Substanz gegen Null gebracht. Ein Kartellamt gibt es für diesen Bereich leider nicht. Aber die Mehrheitsfraktionen scheint es nicht zu stören, wenn der Immobilienmarkt zwischen Sparkasse und Volksbank zum angeblichen Wohle Emmerichs aufgeteilt wird. Schauen sie sich das Modell Rees an, dort lohnt es sich auch für die Stadtkasse.

Aber wir waren bei den Gründen des Haushaltsdefizits.

Die Ideologie, mit der Gewerbesteuer jahrelang unter dem fiktiven Hebesatz zu bleiben, hatte die von der Kämmerei schon länger skizzierten Folgen. 1,2 Mio. Euro kostet es alleine in diesem Jahr. Insgesamt mussten aber Ausfälle der Schlüsselzuweisungen des Landes in Höhe von 5 Mio. Euro verkraftet werden. Und die neuerliche Anhebung des fiktiven Hebesatzes auf Landesebene war nicht die Idee des grünen Koalitionspartners, sondern die der SPD und hier würde ich Udo Jessner zustimmen in seinen Ausführungen zum fiktiven Hebesatz, aber vielleicht könnten wir das als gemeinsamen Brief ans Land mal zu Gehör bringen.

Taubheit auf diesem Ohr können wir uns also nicht mehr leisten. Angesichts der Haushaltslage würden die Grünen dem Verwaltungsvorschlag zur Steuererhöhung folgen. In dieser Lage sind wir aber nicht, weil wir dem Haushalt nicht zustimmen werden.

Wir sind der Meinung, dass im investiven Bereich immer noch zu viel ist. Insbesondere bei den Straßenbaumaßnahmen. Wir bezweifeln, dass solche Straßen wie: Zum Beerenboom, Ziegeleiweg, Verborgstraße, zum Zeitpunkt knappster Finanzen ausgebaut werden müssen.

Wir haben leider erfolglos versucht, sie vom Ausbau der 's-Heerenberger Straße abzuhalten, der eh nur Flickwerk wird, weil der Bereich Bahnübergang ja ausgespart werden muss.

Welchen städtebaulichen oder verkehrstechnischen Mehrwert hat der Stadt Emmerich der Neubau des Radweges Hansastr. gebracht?

Welchen städtebaulichen oder verkehrstechnischen Mehrwert hat der Stadt Emmerich der Neubau des Radweges Hansastr. gebracht?

Welchen städtebaulichen oder verkehrstechnischen Mehrwert bringt der Radweg an der Speelberger Straße? Welches dringende städtebauliche Problem lösen Sie damit?

Die Grünen hatten geglaubt, dass nun endlich die Innenstadt die erste Priorität hat. Stattdessen verzetteln sie sich in Maßnahmen, deren Zustandekommen nach nicht nachvollziehbaren Kriterien stattfindet.

Der Patient Emmerich leidet an einem Herzinfarkt und sie operieren den kleinen Zeh. Eine vorausschauende Investitionsplanung oder was noch wichtiger ist, eine darauf abgestimmte Antragstellung für die Städtebaufördermittel fehlt vollkommen.

Die Liste nicht beantragter und entgangener Fördermaßnahmen ist beachtlich. Das teuerste Beispiel dieser Art ist sicher das Feuerwehrgerätehaus. 2 Mio. Euro, die fast komplett aus dem städtischen Haushalt getragen werden müssen.

Sie haben in der Vergangenheit sehr, sehr viel Geld verschenkt! Geld mit dem andere Städte gearbeitet haben.

Und in dieser zum Prinzip erhobenen Vorgehensweise lassen sie sich auch nicht beirren, denn die Umgestaltung der Kaßstraße war ja auch zunächst ohne die Beantragung von Fördermitteln geplant. Das mussten die Grünen wieder anmahnen und mit der gestern nachgereichten Vorlage haben sie heute vielleicht die Kurve noch gekriegt.

Ein ähnliches Desaster, wie beim Feuerwehrgerätehaus, könnte am Löwentor drohen. Wir haben zwei Ratskollegen, die gute Kenner der Materie Bundesbahn sind. Die wissen, wie die Finanzierungen bei der Bahn funktionieren und in welche Fallen die Stadt hier tappen kann. Bis heute verhallen die Vorschläge ungehört. Auch die planerische Variante, die Herr ten Brink erarbeitet hat, ist doch weitgehend Konsens.

Die Verwaltung weiß es hier besser und leistet sich, gute Ideen zu ignorieren.

Bei der desolaten Lage des Landes, langfristig auf eine 70 oder 80 %ige Förderung des städtischen Eigenanteils zu setzen, ist die Emmericher Art des positiven Denkens! Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 wurde unter dem Eindruck der wegbrechenden Steuereinnahmen des Landes geändert! Die Schlüsselzuweisungen sind zwar gehalten worden, aber die Investitionspauschalen und die Zweckbindungsmittel mussten gekürzt werden.

Hier wäre es zumindest klug, die Finanzierungsversion zu Lasten der Bahn wenigstens zu kennen.

Sie sehen aus diesen wenigen Beispielen, dass die Mehrheitsfraktionen und die Verwaltung, Ihren Beitrag zu dieser desolaten Haushaltssituation geleistet haben.

Um etwas Haushaltskosmetik zu betreiben, sollen jetzt Anteile an den Abwasserwerken verkauft werden. Auch hiervon halten die Grünen nichts. Da wird von Prof. Dr. Rudolph die fehlende Konkurrenzfähigkeit der Abwasserwerke herbeiphilosophiert und schon ist man auf den Leim gegangen. Betrachtet man die Folgen des Verkaufs, wird deutlich, dass zwar einmalig eine hohe Summe an die Gemeinde ausgeschüttet wird, jedoch die langfristigen und kontinuierlichen Einnahmen uns verloren gehen. Dies hat mittel- und langfristig negative Auswirkungen auf den Haushalt! Die Euphorie solcher Beteiligungsmodelle ist in anderen Städten weitgehend verfliegen.

Unter dem Strich muss die satte Eigenkapitalverzinsung von 8 % immerhin 1,1 Mio. Euro, die jedes Jahr in unseren Haushalt fließen, gegengerechnet werden. Und wer bekommt schon 8 % für sein Anlagekapital. Außerdem ist ein Anteilsverkauf in der Regel unumkehrbar. Haben die Abwasserwerke ihr Know-how erst einmal verloren, ist eine Rückkehr in den reinen Eigenbetrieb unmöglich.

Die Vertragswerke sind rechtlich hochkompliziert und von der überwiegenden Mehrheit der Entscheidungsträger nicht mehr nachvollziehbar. Da kann man nur sagen: Gott schütze Emmerich.

Ein weiterer Grund, diesem Haushalt nicht zuzustimmen, ist der Verkauf der Bellevue. Dass sich Emmerichs Baugebiete zu Konzentrationszonen des schlechten Geschmacks entwickeln, ist nicht weiter schlimm, wenn das nicht an landschaftlich exponierten Stellen geschieht, wie z. B. in Hüthum.

An der Innenstadt Emmerichs kann man ablesen - was er so drauf hat - der Bauausschuss - samt der Bauverwaltung. [www. Bausünde.de](http://www.Bausünde.de) ist das Markenzeichen von Emmerich geworden.

Muss das jetzt wirklich tatsächlich in freier Landschaft wiederholt werden?

Muss wirklich eine der schönsten Stellen Eltens auch noch hingerichtet werden?

Eine Diskussion um den Schutz des Landschaftsbildes gibt es nur, wenn es um die Windkraft geht. Auch hier hat das Zusammenspiel zwischen CDU, SPD und den Stadtwerken so hervorragend geklappt, dass nur noch Murks herausgekommen ist. Schauen wir mal, wie die Stadt da ohne Regressansprüche wieder herauskommt.

Der vierte gute Grund, dem Haushalt nicht zuzustimmen, ist die Einsparung an der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten. Im Oktober des vergangenen Jahres legte uns die Verwaltung Personalkostenüberschreitungen von 250.000 Euro vor. Frau kann daran den Stellenwert erkennen, den Sie dieser Aufgabe zuweisen. Insgeheim belächelt und für überflüssig erachtet. Sie verkennen die gesellschaftlichen Folgen, die sich aus der Benachteiligung von Frauen ergeben.

Das meine Damen und Herren, waren die wesentlichen Gründe für die Ablehnung des Haushaltes.

Bedanken möchten wir uns bei allen, die mit Ihren Initiativen und ihrer Arbeit versuchen, das Steuer in Emmerich herumzureißen.

Sei es der Fassadenwettbewerb, die Arbeit des Initiativkreises oder die neu angelaufene Serie der NRZ "Wir tun was" zeigt es doch, dass es sich lohnt, für diese Stadt zu arbeiten."

Herr Struckhof, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

„Ich bin nur ein armer Wandergesell, gute Nacht, liebes Mädels, gut´ Nacht."

So würde Eduard Künneke den Emmericher Haushalt besingen, wenn er nicht vor 50 Jahren gestorben wäre. Ihm zu Ehren haben wir, die Stadt Emmerich, dieses Jahr 2003 zum „Künneke-Jahr" ausgerufen. Übrigens: Eine Idee der FDP. Erst kritisch beäugt und lachend abgetan, dann aber doch von allen Parteien mitgetragen.

An dieser Stelle möchte ich mich deshalb bei allen Fraktionen recht herzlich für diese Zusammenarbeit bedanken. Besonderer Dank gilt den BündnisGrünen, die unsere Idee vom Künneke-Jahr von Beginn an mitgetragen haben.

Die Planungen sind gut gelungen und 2003 wird, auch dank PAN-Eröffnung, ein gutes Jahr für unsere Stadt am Rhein.

Weniger gut geraten ist leider der Rest des Haushaltes 2003, weil der Denkansatz falsch ist.

Wir sind der Meinung, dass die Ausgaben allein nach den Einnahmen zu planen sind und nicht wie in Emmerich - umgekehrt! Wie ist es sonst zu verstehen, dass der Verwaltungshaushalt um 5,9 % und der Vermögenshaushalt gar um 28 % aufgebläht werden? Das heißt, dass der Gesamthaushaltsansatz gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um rund 11 % ansteigt. Das ist im Grunde inflationär und die Bürger werden dies nicht verstehen, weil deren Nettoeinkommen wegen ständig steigender Abgaben und Preise praktisch stagnieren.

Jetzt tut die Stadt Emmerich ihren Teil dazu und will die Grundsteuer B erhöhen. Eine Steuer, die jeden trifft.

Durch intelligente Einsparungen, wie sie z.B. auch die BGE vorgeschlagen hat, hätte eine Steuererhöhung in diesem Bereich verhindert werden können. Hier halten es die Vertreter von CDU und SPD ebenfalls mit dem „Vetter aus Dingsda", der da singt: „Gar dünn ist mein Wams und gar dick ist mein Fell." Wie wahr: Das Fell von CDU und SPD ist mittlerweile so dick, dass nicht mehr feinfühlig mit kritischen Meinungen umgehen wird. Sie meinen, sie bräuchten es auch nicht und das finde ich sehr schade!

Mit einer satten Mehrheit verhindern sie Spar-Ideen, wie eine Senkung von Aufwandsentschädigungen an Räte und Fraktionen. Und deshalb noch eine Anmerkung in Richtung Udo Jessner, eine Richtigstellung:

Wir haben nie gesagt, dass wir mit dieser Maßnahme den Haushalt sanieren können. Wir wollten ein Zeichen setzen. In Detmold übrigens, wo wir unsere Idee herhatten, uns fällt auch nicht immer etwas Neues ein, wurde dieser Vorschlag einstimmig mit den Stimmen von SPD und CDU eingebracht. Nur leider hat der Innenminister jetzt festgestellt, dass eine Ausnahmegenehmigung aus seiner Sicht nicht erteilt werden könne. Da haben wir Phantasie gezeigt und gesagt, dass man auch einen Fonds einrichten könnte und was noch viel wichtiger ist bzw. die Anzahl der bezahlten Fraktionssitzungen von 40 auf 36 reduzieren.

Das Letztere könnten wir durch eine Satzungsänderung beschließen, wenn man es nur wollte.

„Kreativität“ wird zwar, wie in der letzten HFA-Sitzung, von allen lautstark in den Mund genommen aber wenn es drauf ankommt, wird die Hand dagegen erhoben. Mag sein, dass es sich so gut regieren lässt! Mag sein, dass es ein tolles Gefühl ist, Macht auszukosten und Kritiker in irgendwelche Ecken abzustellen. Fakt ist aber, dass, seit die CDU nicht mehr mit der FDP den Haushalt erarbeitet und verabschiedet, es Steuer- und Abgabenerhöhungen am laufenden Band gibt: Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Grundsteuer und Gewerbesteuer sind die Beispiele und Elmar Brandt hätte seinen Spaß, wenn er in Emmerich als Bürger leben würde. Sein „Steuersong“ wäre der Hit auf jeder Emmericher Karnevalsveranstaltung!

Auch hier möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen von der linken und rechten Seite des Tisches ein Zitat aus dem „Vetter aus Dingsda“ zurufen: „Überleg Dir´s, --- überleg Dir´s vorher!“ Denn die Wähler werden es sich hoffentlich merken, wie sie von dieser „großen Koalition“ belastet werden. Deshalb bitte ich alle Mitglieder von der CDU- und SPD-Fraktion: Überlegt´s euch, --- überlegt´s euch noch einmal vorher! Noch können wir hier die Steuererhöhungen ablehnen. Hier, heute und jetzt!

Herr Beckschaefer war in der HFA-Sitzung mittlerweile bereit, eine Gewerbesteuererhöhung mitzutragen. Das hat er mal angedacht. Er sagte, die Vertreter der Industrie hätten Verständnis für eine solche Maßnahme.

Ist es denn nur Verständnis oder kommt den Unternehmen der Europäische Gerichtshof zur Hilfe? Die Unternehmen können seit einem aktuellen Spruch des Gerichts ihren Firmensitz munter ins europäische Ausland verlegen und sparen die Gewerbesteuer ganz. Egal wie hoch der Hebesatz ist! Übrig oder besser gesagt: zurück bleibt der Mittelstand, der nicht flüchten kann oder will.

Der Mittelstand, der die Ausbildungsplätze schafft und sich für das kulturelle Leben der Stadt engagiert. Der Unternehmer, der mit seinem Privateigentum haftet, wenn der Betrieb nicht so läuft, wie es sich der Eigentümer wünscht.

Mit diesen Worten möchte ich auch schon zum Ende kommen. Sie wissen es: Sonst halte ich etwas längere Haushaltsreden!

Es ist aber alles gesagt worden und meine Botschaft kommt nicht an, bei den Vertretern dieser „großen Koalition“. Die Macht gegen uns drei kleine Parteien ist zu stark.

Es handelt sich um einen scheinbar ungleichen Kampf wie im 1. Buch Samuel bei David gegen Goliath.

Wie dieser Kampf letztendlich ausging, können alle Interessierten in Kapitel 17, Vers 49 nachlesen.

Die nächsten Wahlen kommen bestimmt und wir werden im Vorfeld auf alle diese Entwicklungen hinweisen, damit die Bürger sich daran erinnern werden.

Bevor wir aber zum rituellen Abstimmen kommen und die FDP den Haushalt 2003 ablehnen wird, möchte ich noch eine neue Vision aussprechen, und auch hier ganz wichtig, eine Vision, und nicht Utopie, das ist ein kleiner aber feiner Unterschied finden wir.

Und wahrscheinlich werden viele von Ihnen genauso lachen und mit dem Kopf schütteln, wie bei unseren Ideen zur Hansestadt Emmerich oder zum Künneke-Jahr. Meinetwegen!

Bei diesen Ideen hieß es ja auch:

„Erst lachen, dann machen!“

Also: Hier ist unsere neue Vision, wie wir Emmerich national und international weiter nach vorne bringen können.

Und das kann nicht Schaden in einem weltweiten Wettkampf, um Arbeitsplätze und die besten Köpfe, die sich auch irgendwo heimisch niederlassen sollen.
 Ich möchte Sie alle bitten unsere folgende Idee in die Welt hinauszutragen und sich überall dafür einzusetzen. Sei es im Kreis, im Regionalrat, im Landtag oder im Bundestag.
 Emmerich könnte wieder ständiger EC-Bahnhof werden oder sogar ICE-Bahnhof.
 Wir alle haben gehört, dass Laarbruch ziviler Flugplatz: „Düsseldorf-Niederrhein“ werden wird, wie „Ryan Air“ diesen Flugplatz bereits im Internet nennt.
 Eine Frage an uns alle: Wie kommen die Reisenden eigentlich von Weeze nach Düsseldorf und die anderen Metropolen? Hier unsere Idee:
 In Emmerich halten künftig schnelle Fernzüge wie EC und ICE. Die Reisenden steigen am Bahnhof aus und dann um. Wir denken dabei in erster Linie an eine Shuttle-Lösung! An einen Umstieg in ein modernes öffentliches Verkehrsmittel. Da gibt es sicherlich mehrere Denkopitionen. Es könnte sich z. B. um einen modernen Schnellbus handeln oder aber um das derzeit modernste Verkehrsmittel der Zukunft: Um einen Metrorapid oder Transrapid, der die Reisenden in acht Minuten nach Weeze fährt.
 Der Niederrhein mit seinem flachen Land ist ideal für eine solche Strecke! Auch Otto Lilienthal träumte erst vom Fliegen und versuchte es mit Hüpfern und Beinbrüchen. Heute fliegen die Menschen sogar ins Weltall.

Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen: Leben Sie mit uns diesen Traum, wenn einige wenige von Ihnen ausgelacht haben! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!"

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Vorlage, einschließlich der Änderungen, abstimmen.

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2003 mit Haushaltsplan und Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2003

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz zur Einrichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt vom 30.04.2002 (GV NRW S. 160) hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	47.027.225 EUR
	in der Ausgabe auf	47.027.225 EUR
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	19.812.002 EUR
	in der Ausgabe auf	19.812.002 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

3.760.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2003 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

4.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2003 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2.	Grundsteuer nach dem Gewerbeertrag auf	403 v.H.

§ 6

- Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben. Über- oder außerplanmäßige Ausgaben ab 25.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW.

Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

- Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 5 GO NW gelten überplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 3.000 EUR.
- Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 5 v.H. der Ausgaben des Haushaltsjahres festgesetzt.
- Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.H. der Ausgaben des Vermögenshaushaltes festgesetzt.

5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 25.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs. 1 Satz 4 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke „künftig umzuwandeln“ (ku) und „künftig wegfallend“ (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. **den Stellenplan 2003**3. **das Investitionsprogramm 2003 – 2006**

Beratungsergebnis: Zu 1. 27 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Zu 2. 27 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Zu 3. 27 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

8	04 - 13 1275/2003	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen
		"Emmerich blüht auf" am 16.03.2003
		"Autoshow - Alles rund um's Auto" am 15.06.2003
		"Stadtfest" am 21.09.2003
		"2. St. Martinsmarkt/1. Geburtstag der Emmericher Kundenkarte " am 02.11.2003

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

9	05 - 13 1252/2002	3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 4/3 - Amalienstraße -; hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung 2. Satzungsbeschluss
----------	--------------------------	--

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

- a) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Deutschen Telekom mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- b) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Staatlichen Kampfmittelräumdienstes mit der Ergänzung des Bebauungsplanes um einen Hinweis abgewogen sind.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 4/3 -Amalienstraße- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan für die Grundstücke an der Normannstraße, Gemarkung Emmerich, Flur 4, Flurstücke 850, 857, 1121, 1177 und 1178 dahin gehend geändert, dass

- a) die Straßenbegrenzungslinie der Normannstraße um 2,0 m nach Süden verschoben wird;
- b) die südliche Teilfläche des Parkplatzes im Straßenraum der Normannstraße gegenüber der Einmündung des Kastanienweges in die Festsetzung des angrenzenden Reinen Wohngebietes WR umgewandelt wird;
- c) die überbaubare Fläche in der Form vergrößert wird, dass die westliche Baugrenze auf das Parallelmaß von 3,0 m zur Westgrenze des Flurstückes 1178 verschoben wird.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

10 **05 - 13 1253/2002**
 E1

**3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes
 Nr. E 29/1 - Bremerweg / Südwest - ;
 hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
 Trägerbeteiligung
 2. Städtebaulicher Vertrag gemäß
 § 11 BauGB
 3. Satzungsbeschluss**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt ergänzend mit, dass der auf Seite 4 der Vorlage erwähnte Vertragsentwurf zwischenzeitlich von der Volksbank Emmerich-Rees unterzeichnet ist.

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Zu 1)

Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Unteren Landschaftsbehörde und der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind

Zu 2)

Der Rat beschließt den vorliegenden Vertragsentwurf als städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 29/1 -Bremerweg/Südost-.

Zu 3)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 29/1 -Bremerweg / Südwest- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass die textliche Festsetzung Nr. 2.1 betreffend Einschränkung des Maßes der baulichen Nutzung mit einem Ausschluss der Überschreitung der Grundfläche nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO durch Nebenanlagen ersatzlos gestrichen wird.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**11 05 - 13 1257/2002 Benennung einer Planstraße im Ortsteil Vrsasselt ;
hier: Josefsweg**

Mitglied Bongers stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt für die Stichstraße an der Straße Dreikönige – in Anlehnung an die hier vorhandenen Namen Kasparweg, Melchiorweg, Balthasarweg, Marienweg – den Namen „Josefsweg“.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

**12 05 - 13 1266/2003
E1 Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die beigefügte Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

12a) 05 - 13 1288/2003 Berufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates

Mitglied Beckschaefer bittet, da seine Fraktion für Herrn Dr. Flintrop stimmt, jedoch den beiden anderen Mitgliedern des Gestaltungsbeirates nicht zustimmt, um getrennte Abstimmung. Er stellt den entsprechenden Antrag.

Mitglied Sickelmann erklärt für ihre Fraktion, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmt.

Der Vorsitzende lässt über den von Mitglied Beckschaefer gestellten Antrag abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, folgende Sachverständige als Mitglieder des Gestaltungsbeirates auf die Dauer von 3 Jahren zu berufen:

1. Herrn Dr.-Ing. Helmut Flintrop, Emmerich am Rhein
2. Herrn Dipl.-Ing. Jochen Meyer-Brandis, Aachen
3. Herrn Dipl.-Ing. Harald Killemann, Köln.

Beratungsergebnis: Zu 1. 31 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung
Zu 2. und 3. 27 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

**13 05 - 13 1276/2003 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. B 4/2
- Ostermayerstraße -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Zu 1)

1.1 Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Staatlichen Umweltamtes mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

1.2 Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. B 4/2 um folgenden Hinweis zu ergänzen:

HINWEIS

Es ist nicht auszuschließen, dass Kampfmittel im Boden vorhanden sind. Vor Durchführung eventuell erforderlicher größerer Bohrungen (z.B. Pfahlgründung) sind Probebohrungen (70 bis max. 120 mm Durchmesser) zu erstellen, die ggf. mit Kunststoff- oder Nichtmetallrohren zu versehen sind. Danach Überprüfung dieser Probebohrungen mit ferromagnetischen Sonden. Sämtliche Bohrarbeiten sind mit Vorsicht durchzuführen. Sie sind sofort einzustellen, sobald im gewachsenen Boden auf Widerstand gestoßen wird. In diesem Fall ist der Kampfmittelräumdienst bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu benachrichtigen.

1.3 Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. B 4/2 -Ostermayerstraße- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass die überbaubare Fläche auf dem Grundstück Gemarkung Borghees, Flur 4, Flurstück 588, westlich des Fervertweges um 11,0 m in Richtung Ostermayerstraße eingekürzt und um eine Teilfläche von 21,0 x 23,0 m in westlicher Richtung erweitert wird.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Mitglied Günther nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**14 05 - 13 1280/2003 Satzung der Stadt Emmerich am Rhein über die förmliche
Festlegung des Sanierungsgebietes "Innenstadt Emmerich "**

Mitglied Beckschaefer bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, durch die EU Zuschüsse zu bekommen.

Die Verwaltung verneint die Frage von Mitglied ten Brink, ob die Festlegung dieses Sanierungsgebietes die bekannten Planungen des Bahnhofsumfeldes (Löwentor) beeinflusst.

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

- a) Der Rat beschließt die beiliegende Satzung der Stadt Emmerich am Rhein über die tlw. Aufhebung der Sanierungssatzung „Innenstadt Emmerich“ vom 22.03.1990.
- b) Der Rat beschließt die beiliegende neue Satzung der Stadt Emmerich am Rhein über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Integriertes Handlungskonzept“.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

15 10 - 13 1281/2003 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen

Mitglied Arntzen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat benennt Frau Ursula Hemmerle als stellvertretende sachkundige Bürgerin im Schulausschuss.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Der Bürgermeister hat kein Stimmrecht.

15a) 10 - 13 1289/2003 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen

Mitglied Struckhof stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat benennt Frau Ursula Brockmann als stellvertretende sachkundige Bürgerin im Schulausschuss.

Beratungsergebnis: 33 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Der Bürgermeister hat kein Stimmrecht.

16 **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Anfragen

1. Baumfällmaßnahmen für Hochwasserschutz;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt auf entsprechende Anfrage von Mitglied Sickelmann mit, dass nur die Bäume gefällt werden, die für die diesjährige Baumaßnahme erforderlich sind.

17 **Einwohnerfragestunde**

Anfragen seitens der Einwohner werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.15 Uhr.

Vorsitzender

stell. Schriftführerin